

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

20.2.1875 (No. 43)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 20. Februar.

№ 43.

Voranzahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Postkarte oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1875.

Telegramme.

† Berlin, 18. Febr. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in dritter Lesung ohne Debatte die Vorlagen über die Theilung des Kreises Königs und die Abänderung der direkten Steuern in Hohenzollern. Bei der dann folgenden ersten Beratung der Wegeordnung sprachen Köper, Knebel, Wisselink und Miquel principiell für die Vorlage, welche der Handelsminister mit dem Hinzufügen rechtfertigte, daß sie an bestehende Organisationen sich anlehne und auf den neuen Verwaltungsgrundsätzen basire und, wenn sie auch nur für die alten Provinzen bestimmt sei, leicht ausgedehnt werden könne. Die Vorlage wurde an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Es folgte sodann die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Bei dem Titel „Gefängniswesen“ regte Abbeckerath die Frage wegen der gesetzmäßigen Beschäftigung der Gefangenen, besonders der politischen Verurtheilten an, die Windthorst durch Ueberweisung des Gefängniswesens an den Justizminister, Ebertz an dem Verwaltungswege regulirt wissen will. Der Regierungskommissar lagt die Regulirung der Frage durch Reichsorgane zu. Der Minister des Innern stimmte dem Antrage Ebertz zu, welcher angenommen wird. Schorlemer-Mst kritisiert die Erlasse des Ministers des Innern gegen kirchliche Professionen. Der Minister hebt hervor, daß die Erlasse durch vielfache bittere Klagen über Ausschreitungen bei den Prozessionsgängen veranlaßt seien und daß eine gesetzliche Regelung noch härtere Bestimmungen hervorgerufen haben würde. Uebrigens werden sämtliche zur Beratung gelangten Etatsposten genehmigt. Nächste Sitzung Montag. Der Abgeordnete Kaster ist am gastrischen Fieber ernstlich erkrankt.

† Berlin, 18. Febr. Der „Reichsanz.“ publicirt eine königl. Verordnung, wonach der dritte Abschnitt des Reichs-civil-ehesgesetzes über die Erfordernisse zur Eheschließung und § 77 desselben, betreffend Aufhebung der Ehescheidung von Tisch und Bett, bereits am 1. März d. J. in Preußen eingeführt werden.

† Münster, 18. Febr. Der „Westphäl. Merkur“ veröffentlicht eine päpstliche Encyclica an die Bischöfe in Preußen, worin die Verurtheilung der Kirchengesetze und die Excommunication der vom Staate angestellten Geistlichen ausgesprochen wird.

† Madrid, 18. Febr. Die Gesandten von Frankreich, Oesterreich, Portugal und Rußland haben gestern dem König Alfons ihre Creditivte überreicht, wobei ein gegenseitiger Austausch der freundschaftlichen Versicherungen stattfand. Der russische Gesandte sprach Namens des Kaisers Alexander den Wunsch des Gedeihens der Regierung des Königs Alfons aus; welche unter so glücklichen Auspicien begonnen habe. Der König drückte in seiner Erwiderung die herzlichsten Wünsche für die Regierung des Kaisers von Rußland aus. Moskwa geht heute nach Paris ab, um den ihm übertragenen Gesandtschaftsposten anzutreten.

† Konstantinopel, 18. Febr. Ein heute erschienenen kaiserl. Erbe sanktionirt das Bankstatut. Die an der ersten Uebereinkunft vorgenommenen Abänderungen berühren in keiner Weise die von der Regierung den Subscribenten der letzten Anleihe in Aussicht gestellten Bankgarantien. Die Bank wird die Staatskassen einflussieren und davon den

erforderlichen Betrag zur Bezahlung der Anleihecoupons zurückhalten.

† London, 17. Febr. John Mitchell ist in Duncannon eingetroffen; eine Deputation überreichte demselben eine Adresse.

Deutschland.

* Berlin, 16. Febr. Für den Abschluß einer Uebereinkunft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wegen Uebernahme Auszuweiser, zu welchem der Reichsanwalt die Zustimmung des Bundesrathes beantragt hat, ist von der österreichisch-ungarischen Regierung folgender Entwurf vorgeschlagen worden: „Die Regierungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches sind übereingekommen, für den ganzen Umfang der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits und des Deutschen Reiches andererseits bezüglich der Uebernahme Auszuweiser den Grundsatz zur Anwendung zu bringen, daß jeder der vertragenden Theile sich verpflichtet, auf Verlangen des andern Theiles seine Angehörigen wieder zu übernehmen, auch wenn dieselben die Staatsangehörigkeit nach der inländischen Gesetzgebung bereits verloren haben, sofern sie nicht dem andern Lande nach dessen eigener Gesetzgebung angehörig geworden sind. Denselben Gegenstand betreffende frühere Uebereinkommen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie oder einzelnen Theilen derselben und einzelnen deutschen Staaten oder Theilen des Deutschen Reiches werden hiermit für erloschen betrachtet. Zu Urkund dessen ist die gegenwärtige Erklärung ausgestellt worden, um gegen eine übereinstimmende Erklärung des kaiserlich deutschen Auswärtigen Amtes ausgewechselt zu werden.“ — Der Bundesrath-Ausschuß für Handel und Verkehr hat das mehrfach erwähnte Programm zu einer Enquete über die Verhältnisse der Gewerbe- und Fabrikarbeiter in neun Punkten abgeändert. Haupt-sächlich sind die Fragen hinzugefügt: „Welche Verhältnisse sind von Arbeitgebern gemacht, um dem eigenmächtigen Austritte der Lehrlinge, bezw. der Gesellen durch kontraktliche Regelung des Lehrverhältnisses vorzubeugen, und wie haben sich dieselben benahmt?“ und „Welche Mittel empfehlen sich, um dem eigenmächtigen Austritt im Wege der Gesetzgebung entgegenzutreten?“

* Berlin, 17. Febr. Die Gustav-Affaire scheint wieder in Fluß zu kommen. Wie der „Elberf. Btg.“ von einer Seite zugeht, die sie als zuverlässig bezeichnet, „dürfte der Reichsgesandte in Madrid, Graf Hatzfeldt, vorgefertigen Gelegenheiten genommen haben, die spanische Regierung an ihre Versprechungen in der „Gustav-Affaire“ zu erinnern, welche sie aus eigenem Antriebe durch ihren diesseitigen Gesandten gemacht hatte, bevor noch die deutsche Zirkularnote vom 8. Januar der spanischen Regierung zugegangen war. In dieser Note war bekanntlich betont, daß die Reichsregierung bereits die erforderlichen Einleitungen getroffen habe, um volle Genugthuung sowohl für die deutsche Flagge, wie auch Entschädigung für den beraubten Rheder zu erlangen. Die entgegenkommenden Vorschläge der spanischen Regierung, welche den unersetzlich gestellten Forderungen vollständig gerecht wurden, berührten in Berlin sehr angenehm und ließen es unnöthig erscheinen, die beabsichtigten Schritte zur Ausführung zu bringen. Nachdem jedoch über ein Monat ver-

strichen ist, und die spanischen Versprechungen unerfüllt geblieben sind, soll die Reichsregierung es für angemessen gehalten haben, dieselben dem Madrider Cabinet in's Gedächtniß zurückzurufen. Nicht wenig mag dazu die Haltung der spanischen Regierungspresse beigetragen haben, welche die irrige Meinung zu verbreiten sucht, daß Deutschland allein an einer Geldentschädigung liege. Dem gegenüber ist darauf aufmerksam zu machen, daß auch in der halbamtlichen „Provinzial-Korrespondenz“ sicherlich nicht ohne Absicht der Hauptnachdruck auf Genugthuung für die deutsche Flagge gelegt und nur nebenbei von der Entschädigung für den beraubten Rheder gesprochen wird. Die zeugeneidliche Aussage der gesammten Schiffsmannschaft, welche die alleinige Schuld an dem Scheitern des „Gustav“ dem Feuern der Karlisten zuschreibt, wird übrigens auch durch den eventuell entgegenstehenden Bericht eines spanischen Regierungskommissars nicht aufgehoben werden. Man wird sich in Madrid beileben müssen, ernstlich zu erwägen, wie der deutschen Regierung außer der privaten Entschädigung Genugthuung für die verletzete Flagge zu gewähren ist. Diefseits dürfte die Promenade der spanischen Truppen nach Sarauz und die vorübergehende Besitzergreifung des Städtchens kaum für eine geeignete Satisfaktion angesehen werden.“

* Berlin, 17. Febr. Der Antrag des Abg. Dr. Petri über die Verhältnisse der Altkatholiken lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetze die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben: Entwurf eines Gesetzes, die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen betreffend. Wir Wilhelm etc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags für den Umfang der Monarchie, was folgt: § 1. In denjenigen kathol. Kirchengemeinden, aus welchen eine erhebliche Anzahl von Gemeindegliedern einer altkatholischen Gemeinschaft beigetreten ist, werden die vermögensrechtlichen Verhältnisse im Verwaltungswege bis auf Weiteres nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geordnet. — § 2. Der altkatholischen Gemeinschaft wird der Mißbrauch der Kirche, der kirchlichen Geräthchaften und des Kirchhofes eingeräumt. Sind mehrere Kirchen (Kapellen u. s. w.) vorhanden, so kann eine Gebrauchstheilung nach bestimmten Objecten verfügt werden. Ist der altkatholischen Gemeinschaft die Mehrheit der Gemeindeglieder beigetreten, so steht der Gemeinschaft der Mißbrauch der Kirche in den zur Abhaltung des Hauptgottesdienstes herkömmlich bestimmten Stunden, bei mehreren Kirchen der Gebrauch der Hauptkirche zu. — § 3. Tritt ein Pfandeninhaber der altkatholischen Gemeinschaft bei, so bleibt er im Besitz und Genuß der Pfände. Bei Erledigung der Pfände wird dieselbe im Fall des § 2 der altkathol. Gemeinschaft überwiesen. Sind mehrere Pfände vorhanden, so kann bei deren Erledigung eine dem Zahlenverhältnisse beider Theile entsprechende Genußtheilung vorher bestimmter Pfände verfügt werden. — § 4. An dem übrigen zu kirchlichen Zwecken bestimmten Vermögen wird der altkatholischen Gemeinschaft entsprechend dem Zahlenverhältnis beider Theile der Genuß eingeräumt. Bildet die altkatholische Gemeinschaft eine Parochie und ist derselben die Mehrheit der Gemeindeglieder beigetreten, so kann die Enträumung des vollen Genußes an die Gemeinschaft verfügt werden. In diesem Falle steht ihr auch die Verwaltung des Vermögens zu. — § 5. Was in den §§ 1-4 von den altkatholischen Gemeinschaften bestimmt ist, findet sowohl auf die altkatholischen Parochien als auch auf die zu gottesdienstlichen Zwecken gebildeten altkatholischen Vereine Anwendung, sofern dieselben von der Staatsbehörde als kirchlich organisiert anerkannt worden sind. — § 6. Ueber die Anerkennung der altkatholischen Vereine, sowie über

Novelle.

(Fortsetzung aus Nr. 42.)

Eugen mußte sich Gewalt anthun, um bei diesen Worten nicht vor Jubel von seinem Sitze aufzuspringen. Er drückte Osterreich's Hand, daß alle Gelenke krachten.

„Sehen Sie, Doktor, wie herrlich sich das macht!“ — rief er. — „Und dann bleiben wir auch bei einander“ — sagte er treuzugig hinzu — „denn das sage ich Ihnen, in dieser Welt werden Sie mich nicht wieder los!“

Osterreich schloß sich bei dieser naiven Explosion von Jubelung ganz selbstsam angemuthet. Wie wunderbar hatte es doch der Zufall gefügt, um ihn zu gleicher Zeit die Liebe von Bruder und Schwester zuzuwenden. — „Und da sage man mir nun noch einmal, daß es in dieser Welt keine geheimnißvollen Sympathien gäbe!“ — dachte er bei sich.

„Mit dem Weiteinanderbleiben dürfte es allerdings seine Wichtigkeit haben, Eugen.“ — fuhr er laut fort. — „Ich glaube kaum, daß das preussische Hauptquartier Ihnen, als österreichischem Berichterstatter, offizielle Aufnahme gewähren wird, denn die Verhältnisse zwischen uns beiden Regierungen sind in diesem Augenblicke eher alles Andere als klar. Sie müssen also den Krieg als Dilettant mitmachen. Das ist aber nur möglich, wenn irgend ein Regimentskommandeur Ihnen den Aufenthalt bei seiner Truppe auf eigene Faust hin gestattet, das will sagen, Ihre Anwesenheit freundlich ignoriert. Mein Oberst, der Freyherr auf Migenow, ist ein entfernter Verwandter von mir. Wenn ich Sie ihm vorstelle, wird er wohl keine Schwierigkeiten machen!“

„Vortrefflich!“ — rief Eugen. — „Und wann reisen wir ab?“

„Langsam! langsam!“ — sagte Osterreich lächelnd. „Erfst muß meine Einberufungsordre da sein, und dann muß zuvor noch die Sache mit der „Neuzeit“ in's Reine gebracht werden. Dazu braucht es immer noch einige Tage. Uebrigens eilt es mir keineswegs so sehr, die Feder zu vertauschen mit der Kugellücke“, wie es in Wallenstein's

Rager heißt! Zudem müssen Sie jedenfalls noch Ihre Comtesse Schwester hier abwarten.“

„O, Itzonia kommt, sobald ich ihr schreibe! Sie kann jeden Tag Urlaub bekommen, namentlich wenn es sich darum handelt, ihren Bruder noch einmal vor seinem Marsch in's Feld zu sehen. Ich bin neugierig, zu erfahren, wie Ihnen meine Schwester gefallen wird, Doktor!“

Der Journalist überhörte absichtlich diese verhängliche Frage. Ihn wollte es bedanken, als gefalle ihm die Gräfin bereits weit mehr, als für die Ruhe seines Gemüths im Allgemeinen und im Besonderen zuträglich sei.

Act in Act wanderten hierauf die Freunde durch die stillen, mondbeschieneenen Straßen nach Hause. Eugen träumte in dieser Nacht zum ersten Mal nicht von seiner kleinen Gräfin, sondern von lauter Schlachten und Gefechten. Was Herrn Doktor Osterreich betrifft, so hielten ihn die durch die unerwarteten Nachrichten erregten Gedanken so lange wach, daß er gar nicht dazu kam, etwas Ordentliches zu träumen.

Zweites Kapitel.

Ein unerwarteter Besuch.

Zum ersten Male im Laufe unserer Erzählung führen wir den Leser von dem bisherigen Schauplatz derselben hinaus in die Ferne. Zwar geht es vorerst nicht allzuweit, denn nur sechs Eisenbahn-Stunden trennen die Landeshauptstadt M. von der Residenz. Dieser kleine Ausflug ist jedoch nur die erste Etappe zu weiteren Fahrten. Bald werden wir dem leichtlebigen Vabel an der Donau für längere Zeit den Rücken kehren müssen. Der Krieg, dieser grobe Geselle, welcher mit seinen blutigen Krallen in alle Verhältnisse eingreift und Alles oberst zu untert setzt, bedingt auch für unser kleines Drama einen totalen Wechsel der Dekorationen.

Die gute Stadt M., obwohl mit dem stolzen Titel einer „Landeshauptstadt“ geschmückt, trägt doch nur in bescheidenem Maße ein eigentlich hauptstädtisches Gepräge. Sie ist, ihrem Keuzeren nach, ganz ein-

fach eine größere Provinzialstadt. In einem anderen Lande als in der bunt zusammengewürfelten österreichischen Monarchie, diesem Böhmerlande par excellence, würde sie auch wohl schwerlich den Namen einer „Hauptstadt“ führen. Hier trägt sie ihn jedoch mit vollem Rechte. Durch die ganze geschichtliche Entwicklung auf das Engste mit dem Kronlande verflochten, ist sie, trotz ihres verhältnismäßig kleinen Umfangs, doch eine historisch-politische Individualität, wie man in Oesterreich sagt. Sie besitzt ihre eigene „Residenz“, hat ihren eigenen Hofstaat, aber die „Société“ bildet und sich nur gelegentlich und selten für längere Zeit in der Metropole des Reiches aufhält. Auch rühmt sie sich eines eigenen Landtages, das heißt eines Parlaments im Kleinen. Die Bevölkerung gehört zu zwei Dritttheilen der slavischen Nationalität an, wiewohl die Umgangssprache der gebildeten Kreise nach wie vor die deutsche ist.

Mancherlei historische Bauwerke bekunden die große, wechselvolle Vergangenheit der Stadt. Reich an Kirchen und Kapellen, gleich dem heiligen Köln am Rheine, hat M. auch eine ganze Reihe geistlicher und halbgeistlicher Institute. In letzteren zählt auch das Damenstift, in welchem Gräfin Itzonia oder Stefanie Verbenyi seit dem Tode ihrer Tante weilte.

Das imposante Gebäude liegt etwas erhöht am westlichen Ende der Stadt und gewährt von seinen Fenstern eine prachtvolle Rundschau in das nicht allzu ferne Gebirge. Ein großer, mit hoher Mauer umzogener Garten schließt das Stift von der Stadt selbst ab. Hier merkt man nichts von dem finsternen Kauche der Fabriken, die sich mit ihren hohen Schloten am andern Ende M's. angelehnt haben. Die weltliche Lage des Stiftes erweist sich in dieser Beziehung als ein nicht hoch genug anzuschlagender Vortheil. Ihr verbannt das Kapitel seine reine Luft. Häuten die frommen Gräber des Kapitels vor hundert und fünfzig Jahren nicht das Haus zufällig an dieser Stelle erbaut, so würden die es bewohnenden vornehmen Damen gewiß schon längst der übertriebenen Industrie der Neuzeit gewichen sein. (Fortf. folgt.)

die Art, den Umfang und die Ausübung der den altkatholischen Gemein- schaften nach den §§ 2-5 zustehenden Rechte entscheidet der Oberprä- sident. Gegen die Entscheidung der Oberpräsidenten steht die Berufung an den Minister der geistlichen Angelegenheiten offen. Die Entschei- dungen sind im Verwaltungswege vollstreckbar. — § 7. In den Eigen- thumsverhältnissen des kirchlichen Vermögens tritt durch dieses Gesetz keine Aenderung ein. — § 8. Gemeindeglieder im Sinne dieses Gesetzes sind alle männlichen volljährigen, selbständigen Katholiken, welche in der lathol. Kirchengemeinde wohnen. Selbständig sind die- jenigen, welche einen eigenen Hausstand haben oder ein öffentliches Amt bekleiden, oder ein eigenes Geschäft, oder als Mitglied einer Fa- milie deren Geschäft führen und weder unter Vormundschaft, noch unter Kuratel stehen. — § 9. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Berlin, 18. Febr. Die Nachrichten über das Befin- den des Kaisers lauten günstig. Höchstwahrscheinlich hat heute bereits wieder die laufenden Regierungsgeschäfte erledigen können, ist aber wegen seiner katastrophalen Beschwerden noch genöthigt, das Zimmer zu hüten. Das Gesellschafts- fest mit musikalischer Unterhaltung, welches zu heute Abend bei den kaiserlichen Majestäten angefangen war, ist aus Rück- sicht auf den noch etwas leidenden Zustand des Kaisers auf morgen Abend verlegt worden. An der Musikaufführung in dieser Soirée werden auch Frau Art. v. Padilla und ihr Ge- mah, Sgr. de Padilla, mitwirken. Dieselben sind heute früh aus Brüssel hier angekommen und bleiben zu Gast- spielen an der Hofbühne etwa sechs Wochen in Berlin. — Heute früh ist der Oberpräsident von Elsaß-Lothringen, Winkl. Geh. Rath v. Wölcker, aus Straßburg hier einge- troffen. Derselbe stattete im Laufe des Vormittags dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck einen Besuch ab und hatte dann eine längere Besprechung mit dem Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, Staatsminister Dr. Delbrück, so- wie dem Winkl. Geh. Ober-Reg.-Rath Herzog, Direktor der im Reichskanzler-Amte bestehenden Abtheilung für Elsaß- lothringische Angelegenheiten.

Berlin, 18. Febr. Die von dem Bundesrath durch die Beschlüsse vom 29. März und 6. Mai v. J. angeordnete Kommission zur Vorbereitung einer Reichs-Medizinallsta- tistik hat sich der Erledigung des ihr erteilten Auftrages während der Zeit vom 1. bis 20. Oktober v. J. unterzogen. Das Ergebnis der Beratungen ist in den darüber aufge- nommenen Protokollen und in einem unterm 8. d. M. vor- gelegten Berichte vom November v. J. enthalten. Der Reichskanzler hat nunmehr dieselben dem Bundesrath zur Beschlußnahme vorgelegt.

Dieser Bericht, auf den wir wohl noch zurückkommen werden, verbreitet sich über 1) Statistik des Personalstandes; 2) Statistik des pharmaceutischen Personals und der Apotheken; 3) Statistik der Heilanstalten; 4) Statistik der Morbidität; 5) Statistik der Mortalität; 6) Statistik der Morbidität und Mortalität einzelner Berufs- und Standesklassen der Bevöl- kerung mit Einschluß des Militärs und der Marine. Unter dem Bericht beigefügten Anlagen befinden sich hauptsäch- lich statistische Uebersichten, Fragebogen und Formulare, welche in die vorstehende Materie einschlagen.

Aus Kurhessen, 18. Febr. Ueber die im geschlossenen Priesterseminar zu Fulda befindliche Bibliothek des eben in Frankfurt verstorbenen Hrn. v. Savigny erfährt die „Fulda. Ztg.“ (im Widerspruch mit einer auf Berlin zielen- den Verdächtigung der „Rhein- u. Mosel-Ztg.“), daß die Eigentums-Frage vom Oberpräsidenten zu Kassel dem Land- rath Cornelius zu Fulda zur definitiven Entscheidung über- lassen worden sei. Letzterer solle beabsichtigen, die Heraus- gabe der sehr werthvollen (der zu errichtenden katholischen Universität in Fulda zugehörigen) Bibliothek an die Erben des Hrn. v. Savigny zu verfügen, falls vom Vorstand des Seminars kein Einspruch dagegen erhoben werde.

Vom Rhein, 18. Febr. Heute wurde den wegen der bekannten tumultuarijchen Szenen in der Laurentius- kirche zu Trier Angeklagten das Urtheil verkündet. Einer derselben wurde zu 1 Jahr, ein Anderer zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt; 4 Weitere wurden freigesprochen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Febr. Die Kaiserreise nach Dalma- tien, die übrigens jedenfalls weiter hinausgeschoben wird, als Anfangs in Aussicht genommen war, dürfte den er- wünschtesten Anlaß bieten, den längst beabsichtigten Gegenbesuch des Kaisers bei dem König Viktor Emanuel zu verwirklichen. Der Kaiser wird, wie verlautet, von Pola aus und geleitet von einem dort ausgerüsteten Geschwader, mit dem König in Brindisi zusammentreffen und dann möglicherweise an seiner Seite Neapel besuchen.

Wien, 18. Febr. Die „Presse“ schreibt: Um den be- gründeten Klagen des Geschäftspublikums über die Höhe der inländischen Tarife, namentlich rücksichtlich der Ma- nufakturbranche zu begegnen, ist eine Kommission von Tarif- beamten österreichischer Bahnverwaltungen niedergesetzt worden, die eine Revision der inländischen Tarife vornehmen und namentlich für die Textilindustrie Tariffträge beantragen wird, welche den gegenwärtigen misslichen Geschäftsverhältnissen ent- sprechen. In einer Frist von 3 Monaten sollen die neuen Tarife in Kraft treten. — Der „Neuen freien Presse“ wird mitgetheilt, daß die Nachricht über eine Fusion mehrerer kleiner böhmischer Bahnen mit der Staatsbahn den That- sachen nicht entspreche. Der Staatsbahn seien wohl Fusions- anerbietungen gemacht worden, sie habe aber keine Ver- anlassung gefunden, in konkrete Verhandlungen einzutreten, da eine Ausdehnung des Netzes momentan nicht angestrebt und den Interessen der Aktionäre zweckentsprechend erachtet werde. — Die „Presse“ vernimmt, es sei gegen mehrere Verwaltungsräthe der Anglobank bei dem Landesgericht eine auf die Gründung der Aktien-Baugesellschaft Kaluzs bezügliche Anzeige eingelaufen und seien Seitens der Staats- anwaltschaft Vorerehebungen angeordnet worden. — Eine Rundmachung der Albrechts-Bahn enthält die Ausschrei-

bung einer Generalversammlung auf den 22. März d. J. Die Tagesordnung ist den Wünschen des Frankfurter Komitès gemäß festgestellt und als offizielle Anmeldestelle die österreichisch-deutsche Bank bestimmt. Das Frankfurter Komitè hat heute Audienz im Handelsministerium.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. (Köln. Z.) Mac Mahon fürchtet das „Nichts“, und der Herzog v. Broglie will die Schuld des Nihilismus nicht auf sich laden: so läßt denn plötzlich der Erstere erklären, er bestrebe nicht auf seinem Drittel der Senatorenernennungen, während Letzterer sich plötzlich in der jüngsten Parteiversammlung für den Wallon'schen Vorschlag aussprach. Das rechte Zentrum und die Wallonisten sind voll Hoffnung, und Alle, welche Frankreich aus dem Provi- sorium herauszuheben wollen, stimmen, wie der „Moniteur“ versichert, ein. Die Linke ist opferwillig und folgt dem Wahl- spruche: „Wenn wir nur die Republik retten!“ Die Legiti- misten und Bonapartisten zeigen sich dagegen dem Antrage M. plain geneigt, der dem Präsidenten das Veto und Auf- lösungsrecht erteilt: sie spekuliren dabei als Bestimmten; die Ersteren sind jedoch ganz durcheinander, da ein Theil dersel- ben sich nicht unbedingt dem vom Roy auferlegten Nihilis- mus fügen will. Mac Mahon hat, wie das „Journ. des Debats“ aus Versailles erfährt, geäußert, er werde „öfter so auf dem Erläuterungswege in die Verhandlungen der Na- tionalversammlung eingreifen, wie er es am 12. Februar ge- than.“ Die „Opinion nationale“ bemerkt über die Lage:

Am 30. Januar schien die Republik gesichert; den 7. Februar zog der Herzog v. Feltre, der als der Dritte auf der Liste der Cotes du Nord steht, seine Kandidatur zurück; da stellte ein Votum Alles in Frage: Hr. v. Feltre tritt wieder in die Schranken! Wir wollen natür- lich nicht vom Prozeß Wimpffen sprechen; die Achtung vor der ge- richteten Sache verbietet uns durchaus, anzunehmen, die politische Un- gewißheit habe irgendwie auf den Geist der Richter und Geschworenen eingewirkt. Es genügt aber schon, die Nachforschungen der Kommissi- on der Wirtre zu kennen, um zu begreifen, wie die moralische Lage der Beamten jeder Art ganz unerträglich wird. Zwischen die unent- schlossenen Befehle der Regierung, die sich weder zu konstituiren, noch sich zu behaupten, noch sich selbst zu nennen wagt, und die Forderungen einer lächelnden und frechen Partei gestellt, die überall eine Art pa- ralleler Verwaltung einlegt, sind die Beamten in der größten Ver- legenheit. Die gesetzliche Autorität nützt sich ab, entartet, vermindert sich mehr und mehr, und da man die Bonapartisten fortwährend wie- derholen hört: „Das Haus gehört mir, ich werde das beweisen!“ so glauben Viele schließlich daran. Gewiß ist, daß alle Zeit, die man verliert, die Republik zu konstituiren, nur dem Kaiserreich, und welchem Kaiserreich, großer Gott! zu Güte kommt.

Paris, 18. Febr. Der Dreißiger-Ausschuß gelangte gestern nach einer langen Debatte, in welcher die Anträge Baurain und Clapier für unbrauchbar be- funden, die Anträge Waddington, Wallon und Cé- zanne dagegen vielfach in Betracht gezogen wurden, zu folgenden Schlüssen, die der Ausschuß dem Plenum an- empfehlen will: Zwei Drittel des Senats sollen von einem Wahlkollegium ernannt werden bestehend aus den Ge- neralräthen, den Arrondissementräthen und einem Delegir- ten für jeden einzelnen Gemeinderath; für die Wahl dieses Letzteren soll aber der Gemeinderath um ebensoviel Höchstbe- steuerte vergrößert werden, als er selbst Mitglieder zählt. Das letzte Drittel des Senats soll der Präsident der Republik ernennen, und zwar das erste Mal ganz aus eigener Initiative, in Zukunft nach einer vom Senat selbst vorgelegten Liste von je drei Kandidaten für eine vakante Stelle. Jedes Departement soll zwei Senatoren wählen, Algerien und die großen Kolonien sollen zusammen neun Senatoren zu wäh- len haben. Ueber einige andere Punkte, so namentlich über die Art, wie der wählbare Theil des Senats erneuert werden soll, gedenkt der Ausschuß heute schließ- lich zu werden und seinen Bericht durch Hrn. Antonin Lefebvre-Pontalis morgen oder Samstag einzubringen.

Die Mittelparteien und die gemäßigte Linke zeig- en sich noch immer einem Ausgleich sehr geneigt. Die Linke geht auf die Wahl des Senats durch die General- und Arrondissementräthe ein, und erhebt nur noch Einwen- dungen gegen die Fuzziehung der Meistbesteuerten zu den Ge- meinderäthen, die vielmehr allein ihre Wahlmänner ernennen sollten. Das wäre ein untergeordneter Punkt; wichtiger ist aber die entschiedene Opposition, welche die Linke gegen das dem Präsidenten der Republik einzuräumende Recht der Er- nennung eines Drittels der Senatoren macht. In dieser Richtung sucht man von verschiedenen Seiten einen Mittel- weg, sei es, daß der Präsident an eine Kandidatenliste ge- bunden sein, sei es, daß der Senat selbst oder die National- versammlung unter Anhörung der Wünsche des Präsi- denten das letzte Drittel ernennen soll. — Wie der „Moniteur universel“ vernimmt, fand heute früh bei dem Herzog Au- diffret-Pasquier eine Versammlung von Vertretern der gemäßigten Linken, des linken Zentrums, der Gruppe La- vergne und des rechten Zentrums statt. In derselben wurde eine vollkommene Einigung über das System der Ernennung des Senats durch die oben erwähnten Departementalperso- nen mit der Maßgabe erzielt, daß zu denselben noch die Deputirten jedes Departements hinzutreten sollen. Jedes Departement soll zwei Senatoren wählen und die National- versammlung für die erste Bildung des Senats 75 Mitglie- der auf Lebenszeit ernennen. Man glaubt, daß für dieses System eine bedeutende Majorität gesichert ist.

Hr. Paul de Cassagnac versichert heute im „Pays“ (und wir wollen seine Angabe durchaus nicht anzweifeln), daß er aus Anlaß seiner Freisprechung sieben-tausend Bistiten- karten und zwei-tausend Briefe empfangen hat; er habe das Ganze zu einem Paket zusammengethan und dasselbe dem kaiserlichen Prinzen nach England geschickt. — Der Mar- schall Mac Mahon empfing heute das neue Mitglied der Akademie, Hrn. Alexander Dumas, der ihm von dem Grafen d'Haussonville vorgestellt wurde. — Die französische Botenbotschafter in Rom und Berlin, H. v. Corcelle

und v. Gontaut-Biron, und der Gesandte im Haag, Hr. Target, sind in Paris eingetroffen; der Botschafter in St. Petersburg, General Leslé, wird morgen hier er- wartet. Diese Herren wollen sämmtlich an der entschei- denden Debatte über das Senatsgesetz Theil nehmen, da sie kürzlich die Erfahrung gemacht haben, daß es mit der Stell- vertretung in solchem Falle doch seine Schwierigkeiten hat. Für Hrn. v. Gontaut-Biron war indeß auch ein privates Motiv bestimmend: Graf d'Hust, der Gemahl seiner ältes- ten Tochter, ist nach langer und schmerzlicher Krankheit in Paris gestorben.

Spanien.

Die „Gaceta“ vom 11. Febr. veröffentlicht ein Dekret, dessen Art. 1 bestimmt, daß 70,000 Mann zum Dienst in der aktiven Armee und in der Reserve unter die Fahne gerufen werden. In diesem Aufruf sind alle jungen Leute begriffen, welche am 27. Dez. 1874 das 19. Jahr vollendet haben. Die Postaussumme ist auf 2000 Pefetas festgestellt. In den Motiven heißt es: „Das Ministerium würde seine ernstesten Pflichten verabsäumen und nicht des Vertrauens des Königs würdig sein, wenn es sich nicht beständig mit der Frage des Krieges, der unheilvollen Ursache von Unord- nungen und der fruchtbarsten Quelle von Leiden für die ganze Nation beschäftigten würde. Die Regierung ist entschlos- sen, die wahnsinnigen Empörungen im Norden und auf Cuba zu vernichten, und zählt deshalb auf die Selbstverläugnung und die Vaterlandsliebe Aller; doch es ist notwendig, dem Lande ein neues Opfer aufzulegen; dieselbe steht heute nicht an, dieses Opfer zu verlangen durch Aufrufung von 70,000 Mann zur Verstärkung der Armee auf der Halbinsel und in Amerika und zur Ausfüllung der durch die natürlichen Verluste und den Abgang derer, welche ihre Kriegsdienstzeit vollendet haben, entstandenen Lücken. Dieser Aufruf darf nicht Grund der Entmuthigung sein; im Gegentheil steht die von dem Kriege dargebotene Aussicht auf's Günstigste für unsere Waffen, namentlich im Norden. Die Regierung hat sich nicht geschämt, all den eifigen Versprechungen, welche die Abschaffung der Aushebungen ankündigten, ein Ende zu ma- chen. Sie zieht es vor, der Nation freimüthig zu sagen, wie weit die schmerzliche Pflicht geht, welche sie ihr auferlegt.“

Großbritannien.

London, 17. Febr. (K. Z.) Zwei Wahlbezirke haben gestern ihre parlamentarischen Vertreter gewählt und beide in einer Weise, welche das Ergebnis zum vornehm- lichsten Gegenstande des Tagesgesprächs erhebt. Die eine war erwartet und hat nichts zu sagen, da sie rückgängig gemacht werden kann. Die andere war ganz unerwartet und ge- reicht dem Parlament keineswegs zur angenehmen Ueber- raschung. Tipperary, die „erste Grafschaft“ der grünen Insel, hat den entpurrungen Sträfling Mitchell ohne Wider- spruch gewählt. Da er allein vorgeschlagen war, war die Abstimmung unnöthig. Stote-on-Trent, ein englischer Wahl- ort, hat den Hr. Kenealy gewählt. Hr. Kenealy ist nicht Sträfling, seine Wahl ist vollkommen gesetzlich, aber unglück- lich im höchsten Grade und für den Wahlbezirk nicht über- mäßig ehren. Hr. Kenealy war der Vertheidiger Arthur Orton's im zweiten Tichborn-Prozeß, und benahm sich in diesem Amt so unziemlich, daß ganz England über ihn ent- rüstet war und kein anständiger Jurist etwas mit ihm zu thun haben mochte. Seitdem hat er sich in seinem Blatt, „The Eglishman“, so gemeine Ausfälle gegen die Richter, Gerichte und Advokaten erlaubt, daß er — ein fast uner- hörter Fall — aus der Körperschaft von Gray's Inn aus- gestoßen wurde. Sein Blatt bestand aus nichts als Schimpfen und persönlicher Verleumdung. Die Gerichte hat er als be- stehlich bezeichnet, auf alle Richter Verleumdung gehäuft — sein neuer Titel, das „ehrenwerthe Mitglied“, wird ihm eigentümlich stehen. Schwegen wird Kenealy im Unter- hause gewiß nicht. Von der Natur ist er mit einem guten Sprechertalent begabt, und seine Lunge ist eben so aus- dauernd, wie seine Schlangenzunge giftig. In Stote-on- Trent hat er mit großer Mehrheit gesiegt; sein liberaler Gegenkandidat erhielt 4168 Stimmen, der konservative 3901, er aber 6110. Die Einstimmigkeit des Bezirks Tipperary hat der Regierung ihr Vorgehen gegen die Wahl Mit- chell's erheblich erleichtert. Im Falle der Abstimmung würde die Minderheit gegen die Wahl Einspruch erhoben haben, und es hätte ein Vierteljahr vergehen können, ehe der Richter sein Urtheil gefällt hätte. So kann die Regierung gleich vorgehen. Heute oder morgen trifft die Anzeige des Wahl- kommissärs ein, und gleich darauf kann Disraeli seinen Antrag anbringen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die li- berale Partei sich in der Verwerfung der Wahl Mitchell's der Regierung anschließt. Für den Dyle'schen Antrag stimmten gestern Hartington, Bright und die übrigen amwesenden Li- beralen. Dagegen stimmten nur die Homerier und der ziemlich republikanische Comen. In dem Vorgehen gegen Mitchell befolgt die Regierung ganz und gar das von Glad- stone bei dem Präcedenzfalle des O'Donovan Rossa beob- achtete Verfahren.

London, 18. Febr. (K. Z.) Die im vorigen Jahre er- nannte Kommission zur Enquete über Arbeitergesetze reichte ihren Bericht ein. Sie hat in ihren Vorschlägen keine Einigkeit erzielt. Der Arbeitervertreter Macdonald steht an der Spitze der Minderheit. — Das Kolonialamt entsendet den General Wolseley nach Natal zur Reorganisation der Kolonie. — Das Auswärtige Amt veröffentlichte die mit Spanien über den Virginius-Fall geführte Korrespondenz. Spanien zahlte am 14. Dezember 6700 £, vorbehaltlich der Prinzipienfrage. Der Rest, 1000 £, wird nach dem voll- ständigen Schluß der Verhandlungen bezahlt. — Die Ka- detten der Akademie in Woolwich brachten gestern dem schei- denden kaiserl. Prinzen eine Ovation. Der Prinz setzt vor- läufig privatim seine Studien in Gijfelfurst fort. Der „Morning Post“ zufolge wäre es nicht unwahrscheinlich, daß er zur praktischen Erlernung des Dienstes einem englischen Regimente attachirt würde.

China.

† Peking, 3. Febr. Die förmliche Installation des neuen Kaisers soll am 25. d. stattfinden.

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 19. Febr. In nächster Zeit wird Hr. Kapitän Bode, der als zweiter Offizier der „Gansa“ die deutsche Nordpol-Expedition im Jahre 1869 mitmachte, über die Schicksale dieser Expedition einen Vortrag in unserer Stadt halten.

8 Heidelberg, 18. Febr. Nachdem vorgestern ein engerer, der sog. Achtzehner-Ausschuss der liberalen Partei sich mit Aufstellung einer Kandidatenliste für die Stadtverordneten-Wahlen beschäftigt hatte, wurde solche gestern von dem weiteren Siebziger-Ausschuss endgültig festgelegt und heute als Wahlvoranschlag in Form von Beilagen zu den beiden Anzeigern überallhin verbreitet. Ferner hat der Ausschuss die drei verschiedenen Wählerklassen auf Freitag, Dienstag und Donnerstag zu Versammlungen in entsprechende Lokaltäten eingeladen. Die zur Wahl vorgeschlagenen sind allen Berufs- und Besitzklassen entnommen; auch finden sich darin verschiedene politische Parteien vertreten; an Einseitigkeit leidet derselbe also nicht. Am Samstag der kommenden Woche soll zu Ehren der von hier scheidenden Professoren Kirchhoff und Königsberger im Saale der „Harmonegesellschaft“ ein großer Abschiedsball veranstaltet werden. — Die sämtlichen Mitglieder des hiesigen Konsumvereins, dessen Verhältnisse die Einsetzung einer besondern Rechnungs-Revisionskommission als zweckmäßig erscheinen ließen, sind von einigen Mitgliedern dieser Kommission, welche besonders bemüht sind, Klarheit in die etwas verworrene Situation zu bringen, auf übermorgen Abend zur Entgegennahme einer Mitteilung, sowie zur Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten öffentlich eingeladen worden. Wie verlautet, wird die Genossenschaft nicht in der Lage sein, für das abgelaufene Jahr ihren Mitgliedern eine Dividende zu zahlen. Gegen vorerwähnte Einladung hat der Verwaltungsrath neulich öffentlich Stellung genommen, indem er die einberufene Versammlung als zwecklose Privatversammlung erklärt, deren Besprechungen auf die Vereinsangelegenheiten keinen Einfluss haben und in welcher auch keine gültigen Beschlüsse gefasst werden können. Weitere Erörterungen zwischen Verwaltungsrath und Revisionskommission werden unter solchen Umständen nicht ausbleiben.

o Baden, 18. Febr. Die national-liberale Liste hat wieder und zwar mit allen 18 Kandidaten gefehlt. Beinahe alle hier anwesenden Mittelbesteuerten stimmten, viele Kranke wurden in Wagen herbeigebracht, ein Laßner von den Krankenträgern der früheren Gesundheitsanstalt in den Rathsaussaal getragen. Derjenige von den Bewähltesten, welcher die wenigsten Stimmen hat, hat immer noch 19 mehr als die Hälfte der Abstimmden. So wird jetzt der ganze Körper der Stadtverordneten der national-liberalen Partei angehören, da die Wahl der Höchstbesteuerten zweifellos zu ihren Gunsten ausfallen wird.

o Offenburg, 18. Febr. In gefriger Sitzung des Gemeinderaths hat endlich auch die Waisenhaus-Frage eine befriedigende Lösung gefunden. Wenn auch im vorigen Jahre die Frage im Prinzip entschieden worden durch Übertragung der Waisenvater-Stelle an einen weltlichen Lehrer, so blieben immerhin einige ungelöste Widersprüche, die insbesondere auch eine erspriessliche Thätigkeit des Waisenvaters teilweise hinderten oder unmöglich machten. So betrachtete sich der römisch-katholische Stadtpfarrer als selbstverständlichen Vorsitzenden der Waisenhaus-Kommission; ferner galt in seinen Augen das Waisenhaus als eine ausschließlich kath. Anstalt etc. Der Gemeinderath hat nun entschieden, daß das Waisenhaus einen säkularen, somit keinen ausschließlich konfessionellen Charakter habe, daß der jeweilige Bürgermeister natürlicher Vorstand der Waisen-Kommission sei, und bezüglich der übrigen Mitglieder unter Anderm auch die Bestimmung getroffen, daß die Geistlichen aller Konfessionen Mitglieder werden können. Betreffs der Waisenhaus-Bibliothek, mit welcher eine sog. Borromäusvereins-Bibliothek auf unbekannt Weise früher verschmolzen worden war und deren Ausschreibung die römisch-katholische Geistlichkeit auf eigene Faust wieder vorgenommen, ist in gleicher Weise ein die Rechte der Anstalt entschieden wahrnehmender Beschluß des Gemeinderaths erfolgt. Da die Waisenhaus-Bibliothek so zu sagen die Stelle einer Volksbibliothek vertritt, so kann die Ausschreibung der Borromäusvereins-Bücher nur begünstigt werden; daß dieselbe jedoch nicht einseitig vorgenommen werden konnte, ohne von Seite der Gemeinde entscheidenden Tadel hervorzurufen, liegt auf der Hand.

Freiburg, 18. Febr. Der hiesige Lebensbedürfnis-Verein zählt nach seinem kürzlich ausgegebenen Jahresberichte derzeit 891 Mitglieder; die Zunahme im Laufe des Jahres 1874 beträgt 163 Mitglieder. Der Umlauf an Vereinsmarken im verflossenen Geschäftsjahre beläuft sich auf 251,103 fl., der erzielte Reingewinn auf 14,044 fl. 2 kr., wovon als Gewinnanteil auf den Markenumlauf à 5% Prozent mit 13,810 fl. 40 kr. zur Verteilung kommen, dagegen 233 fl. 22 kr. zum Reservefond geschlagen werden, mit welchem Zuschlage dieser auf 1989 fl. 41 kr. anwächst.

7 Ferraich, 17. Febr. Bei den am 15. und 16. Febr. d. J. abgehaltenen Holzversteigerungen in den Domänenwaldungen des Forstbezirks Wollbach-Ferraich wurden folgende Preise erzielt: Eichen Nutzholz der Kubikmeter 40-67 M. (das wäre für den alten bad. Kubikfuß 40 kr. bis 1 fl. 3 kr.); Eichen Rehhed-Holz 1 Viertel oder 3 Eter (so ist auch die neulich von Mühlheim gemeldete Angabe von 1 Viertel bei dieser Holzsorte zu verstehen) 40-47 M. Buchen Scheitholz 4 Eter 50-60 M. Alpen Scheitholz 30-43 M.; die. Brühlholz 50-58 M.; die. Rothholz 40-58 M. je 4 Eter; Buchene Wellen 100 Stück 28-38 M. Dies ergibt einen Durchschnittspreis von 31 M. — Gutem Vernehmen nach werden vom nächsten Monate an auch unserer Wiesenthal-Bahn die lange gesegneten Wünsche um Abänderung des bisherigen Fahrtenplans insofern erfüllt werden, als es möglich werden wird, die um 9 Uhr in Basel abgehenden Züge ins Unterland zu erreichen, und als ebenso der um 6 Uhr 15 Abends in Basel aus dem Unterland ankommende Zug einen Anschluß bis nach Schopfheim erhält. Seither fuhr der Zug in's Wiesenthal gerade eine halbe Stunde vor Ankunft des Unterländer Zuges thalau. Diese Abänderung, wenn sie sich bewahrheiten sollte, würde mit alseitigem Danke begrüßt werden. — Das gefrige Amtsblatt überraschte die nichts abnennenden Hausväter und Mütter mit einer nicht sehr trostlichen latonischen Anzeige von 7 Meßgermeistern, worin sie den Preis des Ochsenfleisches auf 60 Pf. statt 52, wie bisher, für 600 Gramm, den des Kalbfleisches auf 45 Pf. statt 40, und den des

Schweinefleisches auf 60 Pf. statt 52 bestimmen. Wir sind zwar hinsichtlich der beiden ersehenannten Fleischsorten noch etwas billiger gestellt als Karlsruhe; allein der Aufschlag ist immerhin ein sehr harter, und daher um so empfindlicher.

Bermischte Nachrichten.

† Aus Lothringen, 18. Febr. Während die zahlreichen, in der Schlacht vom 18. Aug. 1870 zerstörten Wohngebäude des benachbarten Ortes St. Privat schon längst wieder erbaut sind, hat sich die dortige Kirche, bekanntlich ein Hauptstützpunkt der franz. Aufstellung, immer noch nicht aus dem Schutt erhoben. Mit dem Neubau soll nun, sobald die Witterungsverhältnisse es erlauben, begonnen werden. Für den Rohbau ist die Summe von 55,200 Fres. ausgeworfen. — In verschiedenen Ortshäusern Lothringens ist neuerdings die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen und sind in Folge dessen in den betreffenden Gemeinden zur Verhütung des Weiterumfingens der Seuche Sperremaßnahmen angeordnet worden. Die Krankheit nimmt übrigens einen gutartigen Verlauf, da die daon befallenen Thiere in der Regel schon nach 2-3 Wochen wieder vollständig hergestellt sind.

Nachricht.

† Paris, 18. Febr. Der Minister des Innern erklärt heute in der konstitutionellen Kommission, daß die Regierung auf das Recht der Ernennung eines Dritttheils der Senatoren, wie dieses von der Kommission vorgeschlagen war, verzichte und beantrage, daß die Ernennung dieses Dritttheils durch die Nationalversammlung erfolge. Die Kommission wird morgen über diese Eröffnung der Regierung berathen. In Deputirtenkreisen nimmt man an, daß es zu einer allgemeinen Verständigung kommen werde. Die Unabhängigkeit der von der Nationalversammlung ernannten Senatoren erregt noch Widerspruch. Ein Theil des rechten Zentrums acceptirte das Einverständnis mit dem linken lediglich aus Furcht vor den Bonapartisten.

† Paris, 18. Febr. Die Journale versichern, daß die Zeichnungen auf die Obligationen des russischen Bodenkredits bereits die Höhe der ganzen Emission überschreiten.

† San Sebastian, 17. Febr. Die karlistischen Bataillone von Biscaya sind wieder vor Bilbao erschienen.

† London, 18. Febr. Unterhaus. Auf eine Anfrage Hopwoods erklärt der Marineminister, die Admiralität habe die Benutzung eines Staats-Trodenboots durch das deutsche Panzerschiff „Kaiser“ gestattet, weil kein Privatdock verfügbar gewesen sei. Es sei dies ein Akt einfacher Höflichkeit zwischen zwei befreundeten Nationen und die unentgeltliche Benutzung deshalb selbstverständlich. — Der Advokat Tichbornes, Kencaly, hat seinen Sitz im Parlament eingenommen.

† London, 18. Febr. Unterhaus. Disraeli bringt den am Dienstag angeklagten Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl Mitchell's ein. Ein irischer Abgeordneter beantragt Vertagung der Diskussion des Antrages, um den Parteigenossen Mitchell's Frist zur Berathung zu gewähren. Hardington, Forster und Lowe sprechen für Verweigerung an eine Kommission. Disraeli verlangt sofortige Berathung, damit die Würde des Hauses gewahrt bleibe. Die Vertagung der Debatte wird mit 269 gegen 102 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag auf Verweisung an eine Kommission. Hierauf der Antrag Disraeli angenommen.

† New-York, 18. Febr. Zeitungsnachrichten aus Cuba melden den Fortschritt der Insurrektion im Distrikt Cincovillas. Der Generalgouverneur Concha übernimmt die Oberleitung der Operationen. Gonzales nahm Manacos, wobei die Spanier 150 Mann verloren.

—k. Karlsruhe, 28. Febr. Außer dem bevorstehenden Konzerte des Hrn. Kapellmeisters Kalliwoda sind dem hiesigen Publikum für die nächste Zeit zwei weitere musikalische Genüsse vorbehalten: das Hoffmann'sche große Künstlerkonzert und das 5. Abonnementskonzert des großen Hoforchesters. In gleicher Weise wie der Impresario Ullman zieht der Konzertunternehmer Hoffmann von Stadt zu Stadt, das kunstsinigste Publikum mit den ihm gewonnenen „Sternen“ des einheimischen und ausländischen Kunstsinnes belannt zu machen. In Leipzig und Dresden erweckten die von ihm vorgeführten vier „Schwedischen Nachtigallen“, deren Erfolg auch hier noch in gutem Andenken stehen dürfte, und der Violoncellist Frühmacher Aufsehen. Für das hiesige Konzert, welches am 25. d. M. im großen Museumsaal stattfinden wird, sind gleichfalls die Vorträge hochberühmter Künstler angekündigt. An der Spitze des Programms finden wir die Namen Frau Dr. Peschka-Leutner und Professor Jidoro Lotta verzeichnet, deren jeder für sich geeignet ist, eine ansehnliche Zahl von Zuhörern anzulocken. Wer jemals Gelegenheit hatte, die Primadonna des Leipziger Stadttheaters zu hören, dem wird ihr bewundernswürdiger Gesang unvergesslich bleiben. Frau Dr. Peschka-Leutner besitzt eine langvolle, fast drei Oktaven umfassende Sopranstimme, welche zu vollendeter Ausbildung sowohl im getragenen, wie im koloraturreichen Gesang gelangt ist. Eine der Glanzleistungen der Sängerin ist die Rolle der Königin der Nacht, bekanntlich kein geringer Stein des Anstoßes für alle Theaterlängern, welche sich mit ihr zu befassen haben. Neben den Adam'schen Bravour-Variationen nach einem Thema von Mozart mit obligater Fäule wird denn auch Frau Peschka-Leutner die große Arie der „Zaubersister“: „O zitter nicht!“ zur Ausführung bringen. Die glänzende Virtuosität des Hrn. Professor Jidoro Lotta braucht keiner besonderen Anpreisung mehr; Hr. Lotta ist ein Violinspieler von wohlverworbenem Weltrufe. Derselbe wird zum Vortrage bringen: Souvenir de Haydn von Leonard, Adagio aus dem 2. Konzert von Lotta und Moto perpetuo von Paganini. Neben seiner einzig dastehenden technischen Fertigkeit besitzt Hr. Lotta das feine Verständnis eines vorzüglich gebildeten Musikers, was schon aus seinen verschiedenen trefflichen Violincompositionen hervorgeht; hierzu tritt das angeborne Feuer des Polen, das ihn die hinreißendste Sprache auf seinem Instrumente reden läßt. Zu den Vorträgen der oben genannten Kunstgötter gesellen sich jene des Hrn. Redeter (Altistin), deren Namen wir in mehrfachen Zeitungsbereichten mit Auszeichnung erwähnt finden, des Hrn. Theophile Antoni (Fäuf), eines der vor-

züglichsten Schüler des Brüsseler Konservatoriums, von welchem er vor mehreren Jahren mit dem ersten Preise gekrönt wurde, und des Pianisten Albert Jeffery aus Plymouth, Schülers des Leipziger Kapellmeisters Reinecke.

Zwei Tage später (am 27. d. M.) folgt das 5. Abonnementskonzert des großen Hoforchesters. Dasselbe scheint sich in jeder Hinsicht den besten vorangegangenen Aufführungen würdig an die Seite zu stellen. Eröffnet wird dasselbe durch die pompös wirkende Marschouverture Bizens Lahnner's, auf die wir schon bei früherer Gelegenheit mit einigen Worten aufmerksam gemacht haben. Der hier wohnende Komponist gedenkt sein Werk selbst zu dirigiren, und steht somit von der anerkannten Meisterschaft unseres Orchesters die vollendete Wiedergabe desselben zu erwarten. Hierauf schließen sich: Duett aus Jessonda von Spohr (gesungen von Hrn. Goldkamp und Fr. Johanna Schwarz) und zwei ungarische Tänze für Orchester von Johannes Brahms. Den zweiten Theil der musikalischen Aufführung bildet Schumann's aus der letzten Periode seines Schaffens stammendes Werk „Manfred“ für Soli, Chor und Orchester mit verbindendem Texte von Dr. Rich. Pohl. Die Gesangsoli haben, wenn wir recht berichtet sind, die H. Goldkamp, Speigler, Staudigl, Harlacher, Ludwig, sowie Fr. Johanna Schwarz und Fr. Walter freundlichst übernommen.

Frankfurter Kurszettel.

(Die festgedruckten Kurse sind vom 19. Febr., die übrigen vom 18. Febr.)

Table with columns for Staatspapiere, Aktien und Prioritäten, and various financial instruments like Renten, Obligations, and Bonds.

Table listing various banks and financial institutions such as Badische Bank, Frankfurt Bank, Deutsche Bank, and others, along with their respective shares and interest rates.

Table titled 'Anleihenloose und Prämienanleihen' listing various government and municipal bonds with their terms and interest rates.

Table titled 'Wechselkurs. Gold und Silber' showing exchange rates for gold and silver in various locations like London, Paris, and Vienna.

Berliner Börse. 19. Febr. Kredit 100, Staatsbahn 228.50, Lombarden 236.50. Tendenz: schwach.

Wiener Börse. 19. Febr. Kreditaktie 219.50, Lombarden 236.50, Anglobank 130.25, Unionbank 110, Napoleonsd'or 8.90 1/2. Tendenz: matt.

New-York, 19. Febr. Gold (Schluss) 115. Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 17.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kerschmar in Karlsruhe. Groß. Hoftheater. Sonntag, 21. Febr. 1. Quartal. 28. Abonnementsvorstellung. Die Stimme von Partici, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Auber. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden. Mittwoch, 24. Febr. Don Juan de Austria, Trauerspiel in 5 Akten, von G. zu Putzli. Anfang 7 1/2 Uhr.

Todesanzeige.
P.248. Karlsruhe.
Theilnehmenden Verwandten
und Freunden die Trauer-
kunde von dem am 17. d. M. nach
langem schweren Leiden im 34. Le-
bensjahre erfolgten Hinscheiden un-
seres lieben Sohnes, des Kaufmanns
Karl Krieger in Coblenz.
Karlsruhe, 18. Februar 1875.
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen:
Krieger, Domänen-Direktor.

P.396. Von Groß-Oberlehrer zur
Anschaffung für Industrie-Schulen, für
die Hand der Lehrerin empfohlen und in
das Verzeichnis empfehlenswerther Lehr-
mittel aufgenommen.

**Der Unterricht
in weiblichen Hand-
arbeiten**

nach der Methode der in Karlsruhe
stattfindenden Kurse zur Ausbildung
von Arbeitslehrerinnen dargestellt im
Auftrage

der **Abtheilung II. des bad.
Frauenvereins.**

Mit 24 Abbildungen. Preis 60 Pf.
Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Berlag von **H. Viefel's**
Hofbuchhandlung in **Karlsruhe.**

P.254. 2. Nr. 672. Fahr.

Einladung.

Die Aktionäre der Bahnen Eisenbahngesellschaft
werden hiermit ergebenst zu einer
Generalversammlung auf

Wittwoch den 3. März l. J.,
vormittags 10 1/2 Uhr,
in den Rathsaussaal dahier eingeladen,
Lageordnung.

„Den Beirathsvertrag betr.“
Dabei wird auf den Inhalt des § 20 der
Statuten aufmerksam gemacht, wozu
nur diejenigen Aktionäre stimmberechtigt
sind, welche die Aktien (in der Zahl von
mindestens 5) acht Tage vor der General-
versammlung in dem Geschäftszimmer des
Verwaltungsrathes hinterlegt haben.

Lahr, den 12. Februar 1875.
Der Verwaltungsrath der Bahnen Eisen-
bahngesellschaft.
F. J. G.

P.89. 6. Singheim, Amts
Baden.

Arzt-Gesuch.

Für die Gemeinde Sing-
heim, 3400 Einwohner zäh-
lend, ist die Arztstelle mit
einem jährlichen Honorar von
1200 Mark für Armenbehand-
lung zu vergeben und wollen
beifällige Anerbieten bei un-
terzeichneter Stelle eingereicht
werden.

Singheim, den 1. Februar
1875.

Der Gemeinderath.
Rheinboldt.
vdt. Hillert.

P.360. 1. Hasingen.

Erklärung.

Wir warnen Jedermann, unserm Reisen-
den Emil Götz eine Zahlung zu machen
oder etwas zu creditiren, vermehren uns
dagegen und leisten keinerlei Rückzahlung
sondern Gebühre Götz als auch Ambros
Götz.

Betheiligungs-Antrag.

Für ein gangbares Geschäft, fertig ein-
gerichtet, auch gut rentirt, wird ein Frauen-
zimmer angenommen. Einlage mit zwei
Tausend Gulden.

Anträge sind mit M. R. Nr. 180 post-
lagernd Karlsruhe. P.357.

Hilfssuchenden & Kranken
senden wir unentgeltlich u.
franco die Schrift: Sichere u.
gründliche Heilung aller Krank-
heiten auf naturgemäßem Wege.
20. Auflage. L. 914. 16.

H. Maudschwitz & C. Niedbächer
Buchdruckerei in Braunschweig.

Eine Apotheke

wird zu kaufen oder zu pachten
gesucht.
Gefällige Offerten wollen adressirt
werden an das Agentur-Bureau von
Albert Roginger in Freiburg
i. Br. Nr. 11111111 P.381. 1.

Weinverkauf.

18 bis 14 Uhr Umweg 1874r beste
Sorte, 5 Dm alter Umweg, sind wegen
Transportation zu verkaufen bei
P.358. 1. Jg. Jäger in Bfhl.

P.121. 8. Karlsruhe und Baden.
**K. K. privilegierte
allgemeine österreichische Boden-Credit-
Anstalt.**

Bei der am 1. Februar 1875 stattgehabten neunzehnten
Ziehung der 5 %igen 50-jährigen Pfandbriefe der k. k. pri-
viligierten allgemeinen österreichischen Boden-Credit-An-
stalt wurden nachfolgende Stücke gezogen:

à fl. 100: Nr. 654, 764, 883, 1241, 1403, 2096, 3027, 3450,
4398, 5239, 5975, 5999, 6218, 6583, 6728, 6869,
7490, 7629, 8130, 8663, 8908, 9002, 9351, 9491,
9680, 9821, 9932, 10,433, 11,707, 12,759, 12,911,
13,574, 15,319, 16,423, 16,813, 16,838, 17,226,
17,340.

à fl. 200: Nr. 721, 2099, 2446, 3191, 3486, 3533, 3847,
3893, 6314, 6362, 7528, 9592, 9968, 10,814.

à fl. 300: Nr. 982, 1252, 3504, 4275, 5714, 5727, 5759,
7102, 7836.

à fl. 500: Nr. 557, 612, 719, 813, 1139, 1497, 1964, 2406,
3212, 3465, 4650, 4761, 5403, 5480, 6606, 6690.

à fl. 1000: Nr. 761, 841, 1558, 1734, 3211, 3446, 4025, 5986,
6031, 7029, 7873, 7962, 8174, 9447, 9945, 10,199,
10,215, 10,228, 10,363, 10,508, 11,297, 13,531,
13,630, 15,568, 17,112, 17,449, 18,239, 18,354,
18,709, 19,226, 19,781, 20,715.

à fl. 10.000: Nr. 172, 368, 1061, 1068, 1089.

Auf Namen lautend à fl. 500: Nr. 341.
Die Rückzahlung der gezogenen Pfandbriefe erfolgt vom 1. Mai
1875 an bei allen Agenten der Anstalt ohne jeglichen Abzug in
Gold oder Silber der betreffenden Landeswährung.

Die Verzinsung dieser Pfandbriefe hört mit 1. Mai
1875 auf.

Nachverzeichnete, bereits bei den früheren Verloofungen gezogene
Pfandbriefe der Anstalt sind bis heute nicht eingelöst worden, und zwar:

à fl. 100: Nr. 11, 54, 90, 181, 236, 619, 865, 1080, 1279, 1313, 1585,
1796, 1965, 2155, 2292, 2446, 2478, 2481, 2839, 3061, 3277, 3573,
3632, 3888, 3929, 4113, 4156, 4200, 4264, 4683, 4883, 5027, 5106,
5418, 5436, 5606, 5672, 5740, 6015, 6248, 6590, 6682, 6691, 6858,
7537, 7572, 7631, 7837, 7863, 7933, 8440, 8573, 8867, 8817, 8987,
9039, 9051, 9107, 9142, 9165, 9538, 9985, 10,056, 10,181, 10,413,
10,685, 11,280, 11,512, 11,715, 11,744, 11,783, 12,107, 12,112,
12,246, 12,552, 12,806, 12,758, 12,925, 12,961, 13,229, 13,308,
13,434, 13,681, 13,698, 14,243, 14,423, 14,523, 14,555, 14,596,
14,826, 14,859, 14,871, 14,891, 15,096, 15,179, 15,254, 15,314,
15,392, 15,422, 15,644, 15,662, 16,108, 16,158, 16,197, 16,497,
16,612, 16,795, 17,203, 17,579.

à fl. 200: Nr. 74, 180, 213, 304, 754, 767, 870, 895, 1568, 2559, 2814,
3035, 3146, 3741, 3815, 3831, 3832, 3873, 3887, 4316, 4517,
4861, 5608, 5710, 5755, 5869, 5898, 6082, 6095, 6306, 6351,
6595, 7106, 7588, 8380, 9172, 9367, 9642, 9888, 10,521.

à fl. 300: Nr. 209, 453, 479, 495, 589, 1927, 1954, 5077, 5100, 5671, 5713,
5794, 5988, 6768, 7096, 7314, 7774.

à fl. 500: Nr. 218, 241, 349, 366, 473, 568, 665, 854, 912, 913, 1055, 1090,
1256, 1363, 1571, 1915, 2409, 3006, 3098, 3302, 3848, 4146,
4201, 4397, 4427, 4433, 4466, 4855, 5069, 5189, 5278, 5345, 5505,
5696, 5717, 6048, 6255.

à fl. 1000: Nr. 353, 359, 632, 688, 1024, 1301, 1351, 1352, 1444, 1587,
1570, 1719, 1935, 2024, 3538, 3664, 3732, 3891, 3896, 3948,
4677, 4968, 5399, 5447, 5450, 5537, 5613, 5661, 5847, 6052,
6947, 7420, 7660, 8087, 8329, 8773, 9017, 9144, 9199, 9268,
9596, 10,001, 10,043, 10,067, 10,083, 10,288, 11,015, 11,377,
11,704, 11,772, 11,943, 11,998, 12,059, 12,116, 12,215, 12,485,
12,545, 12,906, 12,915, 12,960, 13,166, 13,179, 13,295, 13,302,
13,832, 14,238, 15,029, 15,741, 16,170, 16,230, 16,440, 16,798,
17,645, 17,661, 17,693, 17,792, 18,430, 18,788, 19,067, 19,849,
19,991, 20,723.

à fl. 10.000: Nr. 864, 1132.

Die obenbezeichneten Pfandbriefe werden schon von heute
an, an unserer Kasse zuzüglich der betr. laufenden Zinsen,
al pari ausbezahlt.

Karlsruhe & Baden, 5. Februar 1875.
Ad. G. Müller & Cons.

**Preussische Boden-Credit-Actien-Bank
in Berlin.**

Nr. 728. 6.

Unkündbare 5% Hypothek-Briefe

der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin
emitt. auf Grund aller. Privilegs vom 21. December 1868
bilden wegen ihrer unbedingten Sicherheit und jederzeitigen Reali-
sbarkeit eines der empfehlenswertheften Anlagepapiere für
Kapitalisten.

Die Sicherheit der Hypoth.-Briefe wird gewährleistet:
a. Durch die in den Actoren der Bank ruhenden auf Grund
englischer Belegnormen erworbenen Hypotheken, welche
die Summe der ausgegebenen Hypoth.-Briefe übersteigen.
b. Durch das Gesellschafts-Vermögen der Bank von
10,000,000 Thaler.
c. Durch den Reservefond der Bank von (lt. Bilanz v. 31.12. 73)
1,300,000 Thaler.

Die Hypoth.-Briefe werden jeden Tag am 11. in Berlin notirt.
Unkündb. 5% Hypoth. Briefe der Preussischen Boden-Credit-Actien-
Bank rückzahlbar à 110 (von 1869 an) in Stücken von Thaler 1000,
500, 200, 100, 50 und 25.

Dehgleichen rückzahlbar al pari (von 1882 an) in Stücken von Mark 3000,
1500, 600, 300 und 100

sind vorrätzig, sowie auch die Coupons derselben stets eingelöst werden
bei Herrn

Eduard Koelle in Karlsruhe.

Heidelberger Ultramarinfabrik.

Nach § 6 unserer Statuten und Beschluß des Aufsichtsraths beehren wir uns
unsere Herren Aktionäre anzusprechen

die Restzahlung von 10 % = Mt. 171. 43 Pf. pr. Actie
auf die erste Rate von 20 % des Nominalbetrags unserer neuen Actien zu leisten
und zwar spätestens

bis zum 20. März d. J.

entweder
an uns direct,
oder
Herrn H. L. Hohenemser & So., Mannheim,
oder
H. Hohenemser, Frankfurt a. M.
unter gefälliger Vorlegung der Interimsquittung.

Genannte Bankhäuser sind ausdrücklich von uns bevollmächtigt, den Empfang
der Einzahlungen statt unserer zu bescheinigen.

Heidelberg, den 18. Februar 1875.

Der Vorstand.

Arztstelle-Gesuch.

P.143. 4. Ein junger Arzt sucht eine Provis., am liebsten mit
Figung.
Franco-Offerten sub F2604 beliebe man der Annoncen-Expediton
von **Haasenstein & Vogler** in **Freiburg (Baden)** einzu-
senden.

Töchter-Pensionat in Heidelberg.

P.101. 2. Der Sommer-Curs in unserer Anstalt beginnt am 31. März. —
Den jungen Mädchen ist Gelegenheit zur Vorbereitung auf das Lehrentinnen-Examen
geboten. — Wegen Prospectus und Referenzen bitten wir sich an uns zu wenden.
(H6327)
Regina & Elise Kaller.

Die Parquet-Fabrik Langenargen

am Bodensee,
empfehlend sich zur Lieferung von Parquetböden aller Art, in Buchen- und
Eichenholz bis zu den feinsten mit Fremdbölgern eingeleigten Parquetten.
Hauptgeschäft ist die Verfertigung derer in der Schweiz- und Vorarl-
berger-Alpen, in den Stand gesetzt, ihren Abnehmern eine reiche Auswahl von
billigen gemischten Böden in Eichen, feinem Bergahorn und Kirschbaum, sowie
ausgezeichnete Buchenparquette aus Bergbölzern zu offeriren. (H 7575)

**Geselliger Verein
Eintracht.**

Zur Heimzahlung auf 1. August 1875
werden nachfolgende Obligationen gefordert:
von Lit. A. zu 100 fl. Nr. 47. 49. 152.
575, 669, 618.

„ Lit. B. zu 50 fl. Nr. 18. 20. 29. 87.
192. 201. 216. 234. 536.
589. 641. 548.

Die Verzinsung dieser Obligationen endet
mit dem 1. August 1875. Zahlung geschieht
gegen Rückgabe der Obligation mit Coupons
und Zins-Zalun.

Von früheren Verloofungen sind noch
nicht erhoben, mit Rückzahlung bis
1. October 1873. A. Nr. 192. B. Nr. 578
und 686.

1. April 1874. A. Nr. 71. 80. B. Nr. 62.
127. 174. 208 und
508

Karlsruhe, den 30. Januar 1875.
Der Vorstand:
Th. Ulrich, Bodenweber.

**Fahrniß-Verstei-
gerung.**

Montag den 22. Februar d. J.,
vormittags 9 Uhr, läßt die Vormann-
schaft der Jakob Schran'schen Kinder-
von Hohenheim folgende Fahrniße gegen
Barzahlung versteigern:

2 Pferde, 2 Kühe, 1 Fasel, 3 Kinder,
26 Schweine, Hühner, Enten und
Lanben, 1 Rollwagen, 1 großer
Bordwagen, 1 kleiner Bordwagen,
Pflug, Egge, verschiedenes Feldge-
schir, Pferdebeden, 1 Hachselmaschine,
Drahtbren, Hen, 1 Kupferner Kessel,
1 neuer Hirt, 1 Pflugsch, Wöbel,
Schreinerwerk und Weißzeug, 1 Par-
thie Dielen und Borde, 1 Hauten
Dung und Grund, sowie eine große
Partie ausgefloppter Vögel.

Hohenheim, den 18. Februar 1875.
Der Vormund:
Jakob Schranhler.

Holzversteigerung.

Aus den freiwillig v. Menzingen-
schen Waldungen zu Menzingen (Amt Dreie-
ten) werden nachstehende Holzsortimente,
mit Vorrecht bis Michaeli d. J. öffentlich
versteigert.

District Dammwald und Hamberg,
Donnerstag den 25. d. Mts.:
37 Stüd Eichen,
30 „ Buchenstämme mit einem
Durchmesser von 40 bis 60
Cm
5 „ Wagnerstangen,
500 Stüd buchenes Scheitholz,
70 „ Stodholz.

Die Versteigerung beginnt Vormittags
9 Uhr mit dem Scheit- und Stodholz,
Nachmittags 1 Uhr mit dem Stammholz.
Zusammenkunft im Dammwald.

Freitag den 26. d. Mts.,
Vormittags 9 Uhr beginnend, mit Zusam-
menkunft im Dammwald:
14,000 Stüd harte Wellen.
Menzingen, den 18. Februar 1875.
Freih. v. Menzingen'sches Rentamt.
Geber.

P.351. Neuhaus. (Holzverstei-
gerung.) In dem Forstrevier von De-
genfeld'schen Waldrevier Mähwald, in
der Nähe von Neuhaus, werden am
Dienstag den 23. Februar l. J.,
Vormittags 9 Uhr,
versteigert:
259 Stüd buchenes Scheitholz,
10 „ eichenes dito,
59 „ Stodholz und
8675 Stüd buchene und gemischte
Wellen.

Einsteigen, den 17. Februar 1875.
Freih. v. Degenfeld'sches Rentamt.
Ehrhät.
Fleischmann.

Holzversteigerung.

Aus Eitlinger Stadtwaldungen werden
mit Vorrecht bis 1. October l. J. nachver-
zeichnete Holzsortimente versteigert werden:
Freitag den 26. Februar l. J.,
aus den Abtheilungen „Pflanzbrunnen,
vorderer und mittlerer Kreuzberg und
Kreuzbach“:

P.353. 1. Nr. 39. Menzingen.

Befanntmachung.

Eigentumsversteigerung im
Vollstreckungswege
gegen
Gärtner Albert Maennig
Eheleute zu Eitlingen.

Auf die am 11. Februar 1875 vertheil-
ten Liegenschaften wurde der Schätzungs-
preis nicht geboten. Wie sie in Nummer
31 vom 6. Februar 1875 dieses Blattes be-
schrieben sind, werden am
Montag den 8. März 1875,
Nachmittags 3 Uhr,
im Rathsaussaal zu Eitlingen einer zwei-
ten Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zu-
schlag erfolgt, auch wenn der Schätzungs-
preis nicht erreicht wird.
Eitlingen, den 11. Februar 1875.
Der Vollstreckungsbeamte:
Kohler, Notar.

Gläubigeraufforderung.

Die Gläubiger der verstorbenen Althä-
rgermeister Wilhelm Danzeisen Witwe,
Anna Marie, geborne Meier, in Rim-
burg, werden hiermit aufgefordert, ihre For-
derungen unter Begründung der Titel
in innerhalb drei Wochen
mündlich oder schriftlich anzuzeigen,
damit dieselbe bei Vertheilung des Nach-
lasses berücksichtigt werden können.
Eitlingen, den 16. Februar 1875.
Groß-Notar
Münzer.

P.289. 2. Nr. 2898. Rastatt. Eine
Decipiensstelle mit vorläufig 700 Mark
Gehalt ist daher sofort zu belegen.
Inzinsen erhalten den Betrag.
Rastatt, den 15. Februar 1875.
Groß-Notar
Paff.

P.279. 2. Mannheim. Ein ge-
wählter Notar-Gehilfe mit schöner
Schrift kann am 15. März d. J. ein-
treten bei
Notar Tresler in Mannheim.
(Mit einer Zeilung)